LG Düsseldorf: Altersverifikationssystem

UWG a.F. § 1; JMStV § 4 Abs. 2
Urteil vom 28.7.2004 – 12 O 19/04; nicht rechtskräftig

Leitsätze der Redaktion

1. Aus § 1 UWG (a.F.) ergibt sich kein Anspruch auf Untersagung des Betriebes eines Altersverifikationssystems zur Verhinderung des Zugangs Minderjähriger, das keine persönliche Identifikation mit Altersprüfung des Nutzers vorsieht, da nicht festgestellt werden kann, dass dies gegen die guten Sitten verstößt.

2. Es ist nicht Sache des Wettbewerbsrechts, einen unbestimmten Rechtsbegriff wie den des „Sicherstellens“ in § 4 Abs. 2 Satz 2 JMStV auszufüllen.

Anm. d. Red.: Rechtsmittel ist beim *OLG Düsseldorf* unter dem Az. I-20 W 81/04 eingelegt worden. Die Entscheidung wurde mitgeteilt und die Leitsätze wurden verfasst von RA Dr. Marc Liesching, München. Vgl. hierzu auch *LG Duisburg* MMR 2004, 763 und *OLG München* MMR 2004, 755 – beide in diesem Heft.

Sachverhalt

Die Parteien vertreiben sog. Altersverifikationssysteme (AVS) für Anbieter und Nutzer pornografischer Inhalte im Internet. Diese Systeme sollen die Nutzung pornografischer und sonstiger Erwachsenenangebote im Internet durch Minderjährige verhindern. Das von der Bekl. angebotene AVS „über18.de“ gibt es jedenfalls in den Versionen 1 und 2. Bei der Version 1 muss der Nutzer zunächst die Postleitzahl des Ausstellorts seines Personalausweises (bzw. eine Reisepassnummer, wobei zwischen den Parteien streitig ist, ob in diesem Fall auch die Postleitzahl angegeben werden muss) eingeben. Mit der Abfrage der Postleitzahl des Ausstellungsorts wird überprüft, ob der Ausstellungsort demjenigen entspricht, der durch die Behördenkennzahl repräsentiert wird. Nach der Überprüfung der Postleitzahl und der Personalausweisnummer muss der Nutzer seine E-Mail-Adresse angeben sowie ein beliebiges Passwort festlegen. Wenn er dann die AGB der Bekl. akzeptiert, ist die Anmeldung abgeschlossen und der Nutzer bekommt an die von ihm eingegebene E-Mail-Adresse eine Benutzerkennung zugeschickt.

Der Anmeldevorgang der Version 2 unterscheidet sich zunächst nicht von der Version 1. Hinzu kommt, dass der Name, die Adresse und eine Zahlungsweise (z.B. Kreditkartenzahlung) angegeben werden muss, weil eine einmalige Geldtransaktion i.H.v. € 4,95 durchgeführt wird. In einer von der Bekl. als Abwandlung der Version 1 und von der Kl. als „Version 0“ bezeichneten Version muss sich der Nutzer nicht fest registrieren lassen. Vielmehr muss der Nutzer bei dieser Variante jeweils seine Personalausweisnummer eingeben, ansonsten erfolgt die Nutzprüfung wie bei der Version 1.

Das von der Kl. angebotene System mit der Bezeichnung „X-Check“ beruht auf einer persönlichen Identifikation unter Vorlage eines Personaldokuments, wobei das sog. POSTIDENT-Verfahren zum Einsatz kommt. Die Kl. trägt vor: Das AVS der Bekl. „über18.de“ sei wegen eines Verstoßes gegen § 2 Abs. 2 Satz 2 JMStV sowie gegen § 184 StGB wettbewerbswidrig. Das System der Bekl. trage den gesetzlichen Anforderungen an geschlossene Nutzergruppen nicht annähernd Rechnung, da es pornografisches Material zugänglich mache, ohne das Alter der Empfänger zuverlässig zu verifizieren und ohne damit einen Zugang von Kindern und Jugendlichen zu pornografischem Material zuverlässig auszuschließen. „AVS über 18.de“ leide insoweit an einem grundsätzlichen Mangel, der es für den eingesetzten Zweck untauglich mache. Es sei in besonderer Weise als unlauter anzusehen, dass die Bekl. mit der irreführenden Aussage, ihr System genüge den strafrechtlichen Anforderungen, Anbieter für ihr zweifellos nutzerfreundliches und daher gewinnträchtiges Low-Level-System „über18.de“ vereinnahme. Das Verhalten der Bekl. sei in jedem Fall als Anstiftung, zumindest aber als Beihilfe zur Verbreitung pornografischer Schriften nach §§ 184, 26 bzw. 27 StGB anzusehen. Die Bekl. erlange ggü. der Kl. einen erheblichen Wettbewerbsvorteil, weil diese den Jugendschutzanforderungen in Deutschland gerecht werden müsse.

Aus den Gründen

Die Klage ist unbegründet. Die Kl. kann von der Bekl. nicht verlangen, dass diese generell und umfassend wie beantragt den Vertrieb eines Jugendschutzsystems für pornografische Internetinhalte i.S.d. § 184 StGB, § 4 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 JMStV unterlässt.

Das Verbot des Handelns mit dem Altersverifikationssystem (AVS) ohne persönliche Identifikation mit Altersprüfung des Nutzers kann die Kl. nicht aus § 1 UWG a.F. – der im Zeitpunkt der mündlichen Verhandlung geltenden Norm – herleiten, da nicht festgestellt werden kann, dass der Vertrieb eines AVS ohne eine persönliche Identifikation mit Altersüberprüfung des Nutzers gegen die ... guten Sitten verstößt.

Zweck des § 1 UWG a.F. ist es, die Lauterkeit des Wettbewerbs im Interesse der Marktbeteiligten und der Allgemeinheit zu schützen. Der Begriff der Sittenwidrigkeit i.S.d. § 1 UWG a.F. ist demgemäß wettbewerbsbezogen – d.h. entsprechend dem Zweck der Vorschrift auf die Lauterkeit des Wettbewerbs bezogen – auszulegen (*BGH*, U. v. 4.3.2004 – I ZR 221/01). Die Beurteilung, ob ein beanstandetes Wettbewerbsverhalten sittenwidrig i.S.d. § 1 UWG ist, erfordert regelmäßig eine am Schutzzweck des § 1 UWG a.F. auszurichtende Würdigung des Gesamtkarakters des Verhaltens nach seinem konkreten Anlass, seinem Zweck, den eingesetzten Mitteln, seinen Begleitumständen und Auswirkungen (*BGH*, a.a.O.).

Der Vertrieb eines AVS ohne persönliche Identifikation mit Altersüberprüfung des Nutzers stellt keine Maßnahme dar, von der eine besondere Gefahr für die Lauterkeit des Wettbewerbs ausgeht. Die Anforderungen, die an AVS zu stellen sind, sind nicht gesetzlich geregelt. § 184 StGB regelt die Voraussetzungen, unter denen die Verbreitung pornografischer Schriften strafbar ist. Adressat dieser Norm ist der Bekl. nicht, da er keine pornografischen Werke verbreitet.

Nach § 4 Abs. 2 Satz 2 JMStV sind Angebote mit pornografischem bzw. jugendgefährdendem Inhalt gem. § 4 Abs. 2 Satz 1 JMStV dann zulässig, wenn von Seiten des Anbieters sichergestellt ist, dass sie nur Erwachsenen zugänglich gemacht werden (geschlossene Benutzergruppe). Auch diese Norm ist nicht unmittelbar an die Bekl. gerichtet. Mittelbar betrifft die Norm die Bekl. zwar insoweit, als dass sie Systeme vertreibt, die sicherstellen sollen, dass Angebote i.S.v. § 4 Abs. 2 Satz 1 JMStV nur Erwachsenen zugänglich gemacht werden.

Selbst wenn man aber unterstellt, dass die von der Bekl. vertriebenen AVS unzureichend sind, ergibt sich hieraus kein wettbewerbsrechtlicher Unterlassungsanspruch dahingehend, dass nur AVS mit einer persönlichen Identifikation des Nutzers vertrieben werden dürfen. Die *Kammer* verkennt insoweit nicht, dass ein Verstoß gegen Jugendschutznormen ein wettbewerbswidriges Verhalten begründen kann, da sie dem Schutz eines wichtigen Gemeinschaftsgutes dienen. Allein durch das Angebot des AVS „über18.de“ ergibt sich indessen kein Verstoß gegen Jugendschutznormen. Die konkreten Anforderungen an AVS sind nicht gesetzlich geregelt. In § 4 Abs. 2 JMStV heißt es, dass „sichergestellt“ werden soll, dass die Angebote pornografischen Inhalts nur Erwachsenen zugänglich gemacht werden. Es ist aber nicht Sache des Wettbewerbsrechts, einen vom Gesetzgeber belassenen Freiraum durch ein allgemeines Verbot zu beschneiden (*BGH GRUR* 1996, 793, 795).

Entsprechend ist es auch nicht Sache des Wettbewerbsrechts, einen unbestimmten Rechtsbegriff einer Norm auszufüllen. Es kann auch nicht ohne weiteres davon ausgegangen werden, dass nur eine persönliche Identifikation mit Altersüberprüfung des Nutzers den Anforderungen des § 4 Abs. 2 Satz 2 JMStV genügt. Zwar ist in der amtlichen Begründung zu § 4 Abs. 2 Satz 2 JMStV und der darin definierten „geschlossenen Benutzergruppe“ ausgeführt, dass „ein verlässliches AVS die Verbreitung an oder den Zugriff durch Minderjährige hindern“ müsse. Dies heißt aber nicht, dass nur die persönliche Identifikation mit Altersüberprüfung eine effektive Zugangsbeschränkung in diesem Sinne beinhaltet. Insoweit sind zwar Empfehlungen der Länderkontrollstelle Jugendschutz.net und der zuständigen *Kommission für Jugendmedienschutz* ausgesprochen worden. Eine verbindliche Festlegung der Anforderungen ist jedoch nicht erfolgt. Der Vertrieb von Systemen, die keine Identifikation mit Altersüberprüfung des Nutzers durchführen, kann deshalb nicht als wettbewerbswidrig angesehen werden.

Etwas anderes ergibt sich auch nicht aus dem Vorbringen der Kl., der Bekl. sei die Anstiftung bzw. die Beihilfe zur Verbreitung pornografischer Schriften i.S.v. §§ 184, 26, 27 StGB vorzuwerfen. Dies ist nicht der Fall. Anstiftung und Beihilfe scheiden schon deshalb aus, weil bei der Veräußerung der Systeme offen ist, wie diese und für welche Angebote diese eingesetzt werden. Allein der Umstand, dass die Bekl. das AVS „über18.de“ als kostenloses Jugend-

schutzsystem „nach § 184 StGB“ im Internet vorgestellt hat, ergibt sich nichts Gegenteiliges. Inwieweit dieser Internetauftrag eine irreführende Werbung darstellt, hat die *Kammer* vorliegend nicht zu entscheiden, da die Kl. keinen Anspruch auf Unterlassung einer bestimmten Werbemaßnahme begehrt, sondern die generelle Werbung für das Produkt verbieten will. ...

Anmerkung

Die Entscheidung des *LG* unterliegt zunächst aus wettbewerbsrechtlicher Sicht erheblichen Bedenken. Nur im Ansatz folgt die *Kammer* der bisherigen einhelligen *Rspr.* und der Kommentarliteratur zu den sog. sittlich fundierten Normen, nach der die Missachtung geltender Jugendschutzgesetze zugleich einen Verstoß gegen Wettbewerbsvorschriften begründet (vgl. *OLG Hamburg WRP* 1987, 484 f.; *LG Bad Kreuznach WRP* 2001, 853; *OLG Hamburg NJW-RR* 1997, 745 f.; *OLG Karlsruhe NJWE WettbR* 1996, 149; *Baumbach/Hefermehl*, 22. Aufl., § 1 UWG Rdnr. 613, 614). Insoweit wird in der *Rspr.* etwa für den Fall des Verstoßes gegen das Pornografieversandhandelsverbot ausgeführt: „Der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sittlich gefährdenden Machwerken ist Ausdruck sittlicher Anschauung der Allgemeinheit. Es widerspricht diesem allgemeinen sittlichen Empfinden, wenn durch Verletzung eben der den Schutz bezweckenden Vorschriften die Gefahr heraufbeschworen wird, die durch diese Normen gebannt werden soll. Das Verbot, Pornografie in der vom Gesetz umschriebenen Form zu verbreiten, ist geradezu das Musterbeispiel für eine sittlich fundierte Vorschrift, deren Verletzung ohne weitere Unlauterkeitsmomente die Wettbewerbshandlung zu einem Verstoß gegen die guten Sitten im Wettbewerb macht“ (*OLG Hamburg WRP* 1987, 484, 485 m.w.Nw.).

Um entgegen den genannten Grundsätzen vorliegend einer Entscheidung in jugendschutzrechtlicher Hinsicht aus dem Wege zu gehen, konstituiert die *Kammer* des *LG Düsseldorf* den bisher im Hinblick auf die Auslegung des §§ 1, 3 UWG a.F. unbekanntem Grundsatz, es sei nicht Sache des Wettbewerbsrechts, „einen unbestimmten Rechtsbegriff einer Norm auszufüllen“. Dieses *Novum* leitet die *Kammer* aus der *Rspr.* des *BGH* ab, wonach ein vom Gesetzgeber belassener Freiraum nicht durch ein i.R.d. Wettbewerbsrechts ausgesprochenes allgemeines Verbot beschnitten werden darf (vgl. *BGH GRUR* 1996, 793, 795). Freilich lag der von der *Kammer* zitierten Entscheidung des *BGH* der Fall zu Grunde, dass der Kl. ein Verbot des Handels mit fertigverglasteten Lesebrillen beehrte, indes die Rechtsordnung den Verkauf von Brillen in keiner Weise einschränkte (*BGH*, a.a.O.).

Diese Konstellation ist mit dem von dem *LG Düsseldorf* zu entscheidenden Fall schon deshalb ganz offensichtlich nicht vergleichbar, weil für die Verbreitung pornografischer Inhalte gerade kein vom Gesetzgeber belassener Freiraum gewährt wurde, sondern vielmehr dezidierte und restriktive Beschränkungen in gleich drei Gesetzen, namentlich dem StGB, dem JMStV und dem JuSchG bestehen (vgl. §§ 184 Abs. 1, 184c StGB, § 4 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 JMStV, § 15 Abs. 2 Nr. 1 JuSchG).

Dessen ungeachtet leitet die *Kammer* aus dem *BGH*-Urteil den wesentlich weitergehenden Grundsatz ab, dass auch bei möglicherweise tatsächlich vorliegenden Verstößen gegen sittlich fundierte (Jugendschutz-)Normen, welche auch nach Ansicht des *LG* i.Ü. stets einen Wettbewerbsverstoß begründen, dann keine gerichtlichen Unterlas-

sungsverfügungen und -urteile nach §§ 1, 3 UWG a.F. bzw. §§ 3, 4 UWG ergehen können, wenn der Rechtsverstoß auf der Auslegung eines unbestimmten Rechtsbegriffs gründet. Denn eine derartige Ausfüllung vager Rechtstermini wie dem des „Sicherstellens“ in § 4 Abs. 2 Satz 2 JMStV sei nach Ansicht des *Gerichts* nicht Aufgabe des Wettbewerbsrechts. Bemerkenswerterweise heißt es an anderer Stelle der Urteilsbegründung ausdrücklich, das angegriffene AVS „ueber18.de“ verstoße nicht gegen Jugendschutznormen; mithin scheint das *Gericht* also offenbar doch eine inhaltliche Prüfung vorgenommen zu haben.

Ungeachtet dieser offensichtlichen Inkonsistenz verkennt die Auffassung des *Gerichts* den fundamentalen Unterschied zwischen einer – in der Tat bedenklichen – Ausfüllung eines vom Gesetzgeber gänzlich unregulierten Bereichs durch weitreichende gerichtliche Wettbewerbsverbote auf der einen Seite und der richterlichen Auslegung – wenngleich unbestimmter – Rechtsbegriffe auf der anderen Seite. Letzteres ist aber originäre Aufgabe der Gerichte auch dann, wenn mit einem etwaigen Rechtsbruch ein Wettbewerbsverstoß einhergeht. Wer indes, wenn nicht die befassende Kammer selbst, zur Ausfüllung unbestimmter Rechtsbegriffe berufen sein soll (etwa nur Strafgerichte, nur Verwaltungsgerichte oder etwa nur das Schrifttum?), bleibt demgegenüber in der Entscheidung ebenso unbeantwortet wie die Frage, warum die *Kammer* nicht auf bereits zahlreiche und eindeutige „Ausfüllungen“ des Merkmals des „Sicherstellens“ durch andere Gerichte (auch in Wettbewerbsachen) und die Rechtsliteratur zurückgegriffen hat.

Hätte sich die *Kammer* näher mit der Frage befasst, welche Anforderungen an geschlossene Benutzergruppen nach § 4 Abs. 2 Satz 2 JMStV zu stellen sind, wäre ihr nicht entgangen, dass die Rspr. hinsichtlich der Verbreitung von Pornografie stets bei technischen Zugangsschutzvorkehrungen eine Alterskontrolle durch persönlichen Kontakt einfordert (*KG MMR 2004, 478 ff.*; *OLG Düsseldorf MMR 2004, 409 f.* jew. unter Bezugnahme auf *BVerwG NJW 2002, 2966 ff.* und *BGH NJW 1987, 449, 450*; vgl. auch *LG Duisburg MMR 2004, 763* – in diesem Heft). Auch die herrschende Lit. postuliert i.R.d. Altersverifikation der den Zugang begehrenden Kunden u.a. eine personale Komponente – etwa im Wege des sog. PostIdent-Verfahrens (vgl. *Döring/Günter, MMR 2004, 231, 234 ff.*; *Erdemir, MMR 2/2004, S. V, VI*; *Ukrow, Jugendschutzrecht, Rdnr. 426 ff.*; *Scholz/Liesching, 4. Aufl., § 4 JMStV Rdnr. 36 ff.*; a.A. nur *Berger, MMR 2003, 773 ff.*).

Ohne auf die genannte Judikatur und das Schrifttum einzugehen, erschöpft sich die Urteilsbegründung in einem Verweis auf die Gesetzesmaterialien, welche keinen Hinweis darauf enthielten, dass eine persönliche Identifikation erforderlich sei. Schlicht unzutreffend ist im Weiteren die Feststellung des *Gerichts*, die *Kommission für Jugendmedienschutz (KJM)* hätte bislang die Anforderungen an geschlossene Benutzergruppen nicht verbindlich festgelegt. Bereits im November 2003 hatte die *KJM* durch Beschluss festgestellt, dass eine „Sicherstellung“ des ausschließlichen Erwachsenenzugangs i.S.v. § 4 Abs. 2 Satz 2 JMStV durch zwei Schritte zu erfolgen hat: „erstens durch eine Identifizierung und Volljährigkeitsprüfung, die über persönlichen Kontakt erfolgen muss; zweitens durch Authen-

tifizierung beim einzelnen Bestellvorgang, um die Weitergabe von Zugangsdaten an Minderjährige zu verhindern“ (vgl. PM der *KJM* v. 14.11.2003, abrufbar unter: www.alm.de). Schon auf Grund dieser Zugrundelegung unzutreffender Umstände durch die *Kammer* kann das Urteil einer Berufung wohl nicht standhalten.

Unklar ist in diesem Zusammenhang auch die Äußerung des *LG* gleich zu Beginn der Urteilsbegründung, die Kl. könne von der Bekl. nicht verlangen, dass diese „generell und umfassend ... den Vertrieb eines Jugendschutzsystems für pornografische Internetinhalte“ unterlässt. Die Kl. forderte nach ihrem Antrag lediglich die Einhaltung der dargelegten, von Rspr. und Lit. bereits entwickelten Anforderungen an geschlossene Benutzergruppen und nicht die generelle Unterlassung des Betriebes eines – wie auch immer gearteten – AVS.

Fehl geht schließlich auch die Annahme des *Gerichts*, die Bekl. verstoße durch das Anbieten des AVS „ueber18.de“ deshalb nicht gegen die Pornografieverbreitungsverbote, weil sie nicht Normadressatin des § 184 Abs. 1 StGB, § 4 Abs. 2 Satz 2 JMStV sei und i.Ü. auch keine Anstiftung oder Beihilfe vorliege, da „bei der Veräußerung der Systeme offen“ sei, „wie diese und für welche Angebote diese eingesetzt werden“. Diese Sichtweise steht nachgerade diametral im Widerspruch zu dem vom *Gericht* selbst erkannten Umstand, dass das AVS „ueber18.de“ von der Bekl. als „kostenloses Jugendschutzsystem nach § 184 StGB“ angepriesen und vermarktet wird.

Mithin ist keinesfalls offen, in welcher Weise das System der Bekl. benutzt wird, vielmehr springt die ausdrückliche Intention der Verwendung für pornografische Internetangebote geradezu ins Auge. Da das System der Bekl. bereits tausendfach von deutschen Pornoanbietern genutzt wird und ferner i.R.d. Internetauftritts von „ueber18.de“ auf zahlreiche pornografische Angebote der bereits gewonnenen Anbieterkunden verlinkt wird, steht in strafrechtlicher Hinsicht einzig die Frage im Raum, ob das Verhalten der Bekl. lediglich eine Beihilfe nach §§ 184, 27 StGB oder gar – was näher liegend ist – eine mittäterschaftliche Verbreitung von Pornografie nach §§ 184, 25 Abs. 2 StGB darstellt. Ein Verstoß gegen sittlich fundierte Straf- und Jugendschutznormen als solcher kann indes nicht zweifelhaft sein.

In diesem Zusammenhang ist auch darauf hinzuweisen, dass Pornografie verbreitende Kunden der Bekl. wegen des bloßen Einsatzes des unzulänglichen Systems „ueber18.de“ bereits letztinstanzlich wegen Verbreitens pornografischer Schriften verurteilt worden sind (vgl. *KG MMR 2004, 478 ff.*).

Die Entscheidung kann nach alledem nur als krasses Fehlurteil qualifiziert werden, dessen allzu knappe Begründung die Vermutung nährt, dass die *Kammer* die Zugrundelegung unzutreffender Umstände und die flüchtige Kreation neuer, in wettbewerbsrechtlicher Hinsicht nicht haltbarer restriktiver Grundsätze den Mühen einer sorgfältigen Analyse des Jugendschutzrechts unter Inkaufnahme kaum absehbarer Folgen für Kinder und Jugendliche vorgezogen hat. Daher kann vorausschauend nur der Hoffnung Ausdruck verliehen werden, dass die Berufungsinstanz das Urteil vollumfänglich aufheben wird.

RA Dr. Marc Liesching, München.